

(Wichtige industrielle Fragen im Bund der Fabriksindustriellen.) Der Bund Ungarischer Fabriksindustriellen hielt gestern unter dem Voritze des Präsidenten Dr. Franz Chorin eine Direktionsitzung, die sich zunächst mit den Zeitungsmeldungen beschäftigte, laut deren eine neue Kunstdüngerfabrik mit finanzieller Beteiligung des Staates errichtet werden soll. Baron Adolf Kohnner führte im Laufe der Debatte aus, er halte es nicht für richtig und im gegenwärtigen Zeitpunkt für doppelt bedenklich, daß der Staat durch seine finanzielle Beteiligung an einem solchen Unternehmen der Privatindustrie in einem Industriezweige Konkurrenz mache, in welchem die ungarische Industrie in der Lage ist, nicht nur den inländischen Bedarf vollständig zu decken, sondern ihre Produktion auch darüber hinaus zu steigern. Dabei sei zu berücksichtigen, daß dieser Industriezweig mit seinen Rohstoffen fast ganz auf die überseeische Einfuhr angewiesen ist und die Privatindustrie befürchten muß, daß sie angesichts des beschränkten Schiffsraumes, der zur Verfügung steht, nach dem Kriege in ihrer Rohstoffversorgung gegenüber der staatlichen Unternehmung zurückge-

werden wird. Nachdem Manfred v. Weiß, Béla Veith und Alfred Schwarz zu der Frage das Wort ergriffen hatten, beschloß die Direktion auf Antrag des Präsidenten einstimmig gegen die finanzielle Beteiligung des Staates an der zu errichtenden Kunstdüngerfabrik auf das entschiedenste Stellung zu nehmen, getreu dem vom Bund seit seiner Gründung konsequent eingenommenen Standpunkt, wonach der Wettbewerb der vom Staat direkt errichteten oder mit Beteiligung des Staates zustande gebrachten Betriebe unsere industrielle Entwicklung lähmt. Die Direktion beschäftigte sich sodann mit dem Gesetzentwurf über die Kriegstransportsteuer der Eisenbahnen und sprach auf Antrag des Präsidenten Franz Chorin nach den Bemerkungen der Herren Manfred v. Weiß, Roland v. Hegedüs und Béla Veith aus, daß sie ihren in dieser Frage bisher eingenommenen Standpunkt auch weiterhin aufrechterhalte. Mit Rücksicht auf die großen finanziellen Bedürfnisse des Staates erhebt der Bund gegen die neue Steuer keine Einwendung. Er lenkt jedoch die Aufmerksamkeit der Regierung darauf, daß das System unserer Eisenbahntarife auch derzeit bereits große Anomalien aufweist, da die Höhe der Tariffätze mit dem Werte der Rohstoffe und Fabrikate in keinem entsprechenden Verhältnis steht. Die gegenwärtigen Tariffätze belasten bereits die von der ungarischen Industrie erzeugten Massengüter mehr als die von der österreichischen Industrie gelieferten Fabrikate. Die durchweg mit 30 Prozent bemessene Transportsteuer wird diese Anomalie noch stärker zum Ausdruck bringen und das ungarische Wirtschaftsleben empfindlich schädigen. Der Bund betont daher, daß die Kriegstransportsteuer nur von provisorischer Geltung sein und höchstens für die Zeit des Krieges in Kraft bleiben könne. Nach Beendigung des Krieges müsse aber unser ganzes Eisenbahnsystem einer Revision unterzogen und nach Anhörung der interessierten Kreise so umgestaltet werden, daß die gegenwärtigen Ungleichheiten aufhören und die Eisenbahntarife zu Förderern unserer wirtschaftlichen Entwicklung und unseres aus währungspolitischen Gründen nach dem Kriege besonders wichtigen Exports werden. Hieraus berichtete Gustav Graß über jene Verhandlungen, die der Bund in Angelegenheit der Erleichterung der Lebensmittelversorgung der Industriearbeiter mit dem Kriegsernährungsamt geführt hat. Er hob hervor, daß das Ernährungsamt jüngst an die Municipien eine Zirkularverordnung gerichtet hat, in welcher diese aufgefordert werden, die Ernährung der Arbeiter der vom Standpunkte der Heeresversorgung besonders wichtigen Industrieunternehmungen unbedingt sicherzustellen. Der Bund führte Verhandlungen im Interesse der Schaffung einer Organisation, welche in zentraler Weise für die Lebensmittelversorgung der Arbeiter der Industrieunternehmungen in Budapest und Umgebung sorgen würde. Nachdem Manfred v. Weiß, Heinrich Fellner, Baron Moriz Kornfeld, Baron Adolf Kohnner, Béla Surányi, Julius Egger, Béla Veith und andere zu dieser Frage das Wort ergriffen hatten, sprach der Bund aus, daß er die zentrale Versorgung der Arbeiter der in Budapest und Umgebung befindlichen Industrieunternehmungen für notwendig hält, in die Aktion jedoch vorläufig jene großen Unternehmungen nicht einbeziehen wolle, welche die Versorgung ihrer Arbeiter mit den notwendigen Lebensmitteln auch bisher schon sicherzustellen mußten. Der Bund hält es jedoch für nötig, daß diese Aktion nicht nur auf die direkt für das Heer liefernden Unternehmungen beschränkt, sondern auf die ganze Fabriksindustrie ausgedehnt werde. Schließlich hält es der Bund für wünschenswert, daß das Volksernährungsamt die Aktion weitgehend unterstütze und Bürgschaften dafür biete, wie die Organisation zu den notwendigen Lebensmitteln gelangen könne. Endlich beschäftigte sich die Direktion mit der Angelegenheit der Kriegsausstellung, die schon im vorigen Jahre in Wien veranstaltet wurde und heuer wiederholt werden wird. Schon bei der vorjährigen Ausstellung war der Bund der Ansicht, daß die Beteiligung der ungarischen Fabriken bei der Ausstellung nicht wünschenswert sei. Seither hat die Industrie auf dem Gebiete der Produktions- und Verkehrsverhältnisse mit noch erheblicheren Schwierigkeiten zu kämpfen, so daß sie in diesem Jahre noch weniger in der Lage wäre, sich an der Ausstellung in einer Weise zu beteiligen, daß dort die wichtige Rolle, welche die Industrie vom Standpunkte der Heeresversorgung spielt, entsprechend zum Ausdruck komme. Der Bund hält es darum für wünschenswert, daß die ungarischen Fabriken sich an der Ausstellung auch in diesem Jahre nicht beteiligen.